

Schluss mit dem Ankauf von Staatsanleihen und der Vergabe von Jumbo-Krediten

Stiftung Marktwirtschaft fordert Rückkehr der EZB zur Politik der Geldwertstabilität

In der neuen Publikation der Stiftung Marktwirtschaft „Die Europäische Zentralbank auf Abwegen“ warnt Autor Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann vor den Gefahren der aktuell laxen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und erinnert an das Verbot der Staatsfinanzierung. Das langjährige Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Stiftung, Kronberger Kreis, sieht mittelfristig ein gefährliches Inflationspotential, das die EZB durch den Ankauf von Staatsanleihen und die Gewährung von Jumbo-Krediten schafft: „Die europäische Geldpolitik darf nicht zur Finanzierung der nationalen Haushalte missbraucht werden.“ In seiner Analyse zeigt Neumann auf, welche Korrekturen die EZB jetzt ergreifen sollte.

Auch der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Prof. Dr. Michael Eilfort, sieht die Aufgabe der EZB nicht in der Finanzierung hochverschuldeter Euro-Länder: „In der Vergangenheit ist es der EZB gelungen, für eine geringe Inflationsrate von durchschnittlich 2,1 Prozent zu sorgen. Damit sich diese Entwicklung auch in Zukunft fortsetzt, muss die EZB aber jetzt zu ihrer eigentlichen Aufgabe – zur Sicherung der Geldwertstabilität – zurückkehren. Manfred J.M. Neumann legt hierfür eindeutige und praktikable Handlungsempfehlungen vor.“

Die wichtigsten Empfehlungen aus „Die Europäische Zentralbank auf Abwegen“ im Überblick:

- Neumann fordert die EZB auf, ihr **Programm zum Aufkauf von Staatsanleihen offiziell einzustellen**. Die von einzelnen Notenbanken auf eigene Rechnung betriebenen spekulativen Anleihegeschäfte sollten ebenfalls untersagt werden.
- Das **Experimentieren im Refinanzierungsgeschäft** mit mehrjährigen Laufzeiten und Jumbo-Krediten sollte unwiderruflich **beendet werden**. Laufzeiten von drei bis sechs Monaten ist hingegen der Vorzug zu geben, weil sie es ermöglichen, die Basisgeldversorgung hinreichend flexibel zu halten.
- Die **Lockerung der Anforderungen an die Sicherheiten im Refinanzierungsgeschäft** muss **rückgängig** gemacht werden. Neumann: „Die Akzeptanz hochriskanter Einzelkredite und Schuldtitel als vermeintliche Sicherheiten gefährdet die Stabilität des Eurosystems.“
- Das **zulässige Ausmaß der Refinanzierungsverschuldung einer Bank** beim Eurosystem sollte **von dem tatsächlich vorgehaltenen Kernkapital der Bank abhängig** gemacht werden. Mit einer solchen Deckelung könnte einer gefährlichen Überschuldung der Banken vorgebeugt werden. Zugleich würde damit der steile Anstieg der Target2-Kredite gebremst, die bereits einen Umfang von 750 Milliarden Euro erreicht haben.
- Statt der vorgesehenen Rotation im EZB-Rat wäre ein **Zwei-Stufen-Modell der Entscheidungsfindung** besser geeignet, die Handlungsfähigkeit der EZB zu sichern: Über die Grundlinien der Geldpolitik würde nach wie vor der EZB-Rat in seiner vollständigen Besetzung bestimmen. Die kurzfristige Gestaltung einschließlich der Zinspolitik würde dagegen dem kleineren und damit schlagkräftigeren Direktorium übertragen.

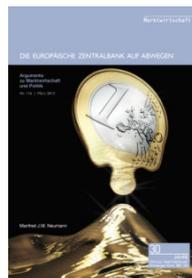
Für den Fall, dass die Mehrheitsverhältnisse im EZB-Rat grundlegende Korrekturen verhindern und das Mandat der Geldwertstabilität zugunsten der Finanzierung öffentlicher Haushalte in den Hintergrund gedrängt wird, hält Neumann es für geboten, dass Deutschland politisch eingreift:

„Wenn eine Korrektur von außen unumgänglich werden sollte, muss die deutsche Politik eine **Initiative zur Neufassung der Stimmrechte im EZB-Rat** ergreifen, um einer dauerhaften Beschädigung der Währungsverfassung entgegenzuwirken. Anstelle des Prinzips *'ein Mitglied – eine Stimme'* müsste dann die Vergabe der Stimmrechte nach der wirtschaftlichen und finanziellen Bedeutung der entsendenden Staaten bzw. nach deren Anteilen am Kapital der EZB bemessen werden.“

Die neue Publikation der Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“ ist in ihrem neuen Erscheinungsbild ab sofort bei der Stiftung Marktwirtschaft bzw. auf unserer [Homepage](#) erhältlich:

Die Europäische Zentralbank auf Abwegen
Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 116

Manfred J.M. Neumann
Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
ISSN: 1612-7072



Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Hübner
Charlottenstraße 60
D- 10117 Berlin

Telefon 030 – 20 60 57 0
Fax 030 – 20 60 57 57

E-Mail: info@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de
www.twitter.com/StiftungMaWi